

Barrikaden auf Müllbergen

ITALIEN Mit Blockaden wollen aufgebrachte Bürger die weitere Anlieferung von Abfall für eine Deponie bei Neapel verhindern. Die Polizei reagiert mit Gewalt und Festnahmen

AUS ROM MICHAEL BRAUN

Seit Tagen herrscht rund um die Müllkippe von Terzigno vor den Toren Neapels der Ausnahmezustand. Hunderte Bürger blockieren die Zufahrt zur Deponie, errichten Barrikaden, stecken Müllfahrzeuge in Brand, um die weitere Anlieferung von Abfall zu verhindern. Polizei und Carabinieri antworten immer wieder mit rüden Schlagstockeinsätzen und Festnahmeaktionen. Mittlerweile befinden sich sechs Demonstranten in Haft.

Zu den vorerst letzten Scharmützeln kam es am Dienstagvormittag, als Anwohner versuchten, auf das Gelände der Deponie vorzudringen, und anrückende Müllwagen mit Steinen empfangen. Wie immer standen die „Mamme vulcaniche“ – die „vulkanischen Mütter“ – in der ersten Reihe. Ihnen leuchtet nicht ein, dass ihre Kleinstadt am Hang des Vesuvius im Naturpark neben der schon bestehenden demnächst noch eine zweite Großdeponie erhalten soll.

Die indirekten Folgen des militanten Protests lassen sich derweil im Zentrum Neapels beobachten. Dort türmen sich wieder stinkende Müllberge. Zwar hat die Krise bei weitem nicht die Dimensionen von 2007 erreicht, als nicht bloß die gesamte Millionenstadt, sondern auch die Region Kampanien förmlich unter den Abfallbergen zu ersticken drohte. Aber in Neapels Straßen liegen wieder gut 1.000 Tonnen Abfall, das Aufkommen etwa eines Tages. Weitere 600 Tonnen füllen die Müllwagen, die ihre Fracht nicht mehr auf der Kippe Terzigno entladen können und die bei der Abfuhr ausfallen.

Mit der aktuellen Krise zeigt sich, dass der seit nunmehr 16



Polizeieinsatz auf der Müllkippe von Terzigno bei Neapel Foto: dapid

Jahren andauernde Müllnotstand in Kampanien keineswegs beseitigt ist, auch wenn Ministerpräsident Silvio Berlusconi in den Monaten nach seinem Wahlsieg 2008 behauptet hatte, die Krise „definitiv gelöst“ zu haben. Berlusconi hatte es damals in der Tat auf den ersten Blick geschafft, binnen wenigen Tagen die Müllberge verschwinden zu lassen. Er hatte den Zivilschutz mit Sondervollmachten ausgestattet und die Abfallbeseitigung militarisieren. Die vom Zivilschutz ausgehenden neuen Deponien wurden ebenso wie die neue Müllverbrennungsanlage von Acerra zu militärischem Sperrgebiet erklärt. Eine der damals neu eröffneten Deponie ist die von Terzigno – doch bald schon wird sie randvoll sein.

Denn das strukturelle Problem packte auch Berlusconi

In Neapels Straßen liegen 1.000 Tonnen Abfall, das Aufkommen etwa eines Tages

nicht an: In Neapel ist Mülltrennung ein Fremdwort; nur 12 Prozent an Papier, Plastik oder Blech werden aussortiert, bevor der große Rest zu den Deponien gekarrt wird. Und diese Müllkippen will in Kampanien niemand haben, denn über die Jahre war für die Bürger allzu undurchsichtig, wie es um die Sicherheit der Deponien bestellt ist. Immer wieder kamen Fälle auf, in denen dort auch hochgiftiger Sondermüll abgekippt wurde, immer wieder leckten die Kippen, sickerte die giftige Brühe auch ins Grundwasser.

Berlusconi Rechte konnte angesichts dieser Missstände nicht bloß die nationalen Wahlen gegen die angeblich unfähige Linke gewinnen, sondern der Linken 2009/2010 auch die Provinz Neapel sowie die Region Kampanien entreißen; bloß die Stadt Neapel wird noch von den Mitte-links-Parteien regiert. Dort setzt jetzt Berlusconi bei der propagandistischen Krisenbewältigung an. Er selbst zeigt sich schon seit Monaten nicht mehr in Neapel, will das aber nicht als Eingeständnis seines Versagens verstanden wissen: Schuld sei vielmehr die Stadtspitze, die zu wenig für die Mülltrennung tue.

Dumm nur, dass mit der Organisation der Abfallbeseitigung nach dem offiziellen Ende der Notstandsphase die Provinz betraut wurde. Die wird von Berlusconi Gefolgsleuten regiert.

LESERINNENBRIEFE

die tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin
briefe@taz.de | www.taz.de/Zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Wer verursacht hier was?

■ **betr.:** „Öko macht den Strom teurer“, taz vom 15. 10. 10, Solarstrom boomt – und kostet mehr“, „Teure Atomkraft“ u. a., taz vom 16. 10. 10

Was treibt Herrn Janzing, im Leitartikel das „Versuchersprinzip“ zu bemühen, um die Beteiligung von uns allen an den Kosten der Solarenergieförderung zu rechtfertigen? Wer verursacht hier bitte was? Herr Reimer zeigt indirekt durch den ersehnten Kostenvergleich den großen Schwindel auf: Wir alle finanzieren über unseren Strompreis die Förderung der Erneuerbaren mit demnächst 3,5 Cent/kWh, aber alle, die Steuern zahlen, subventionieren die Kernkraft mit mindestens 4,3 Cent/kWh – still, heimlich und versteckt, denn die Kernenergie muss ja als die billigste angepriesen werden! Die Kosten für die Polizeieinsätze anlässlich von Demonstrationen und Castortransporten sind anscheinend noch gar nicht mit eingerechnet ...

Nach dem Versuchsprinzip geht es hier ganz und gar nicht! Ge-rechter wäre es, Subventionen, ökologische Folgekosten, Schutz und Versicherungen für Kohle- und Atomstrom anteilig den Besitzern dieser Stromquellen aufzubrummen, und diejenigen für die Erneuerbaren den entsprechenden Kunden. Da wäre die Energiewende schneller, als es alle Versorger umsetzen könnten – und Regierung und Freunderln es wollen! SABINE MIEHE, Marburg

Atomlobby ärgern

■ **betr.:** „Öko macht den Strom teurer“, taz vom 15. 10. 10

Wäre es nicht sinnvoll, wenn nur diejenigen, die keinen Ökostrom beziehen, einen Aufschlag auf den Strompreis bezahlen müssten? Ökostrombezieher fördern ja allein dadurch, dass sie Ökostrom beziehen, schon die erneuerbaren Energien.

Außerdem würden dann vielleicht mehr Leute ihren Stromanbieter wechseln, doch das will die Bundesregierung wahrscheinlich gar nicht, da das die Atomlobby verärgern würde.

MASCHA NEUMANN, Göttingen

Insgesamt mehr Wohlstand

■ **betr.:** „Öko macht den Strom teurer“, taz vom 15. 10. 10

Auf die Kilowattstunde Strom nun 3,5 Cent mehr, monatlich keine 5 Euro pro Person, heißt auch weniger Vergeudung, und das Geld bleibt hier. Erst die Arbeitsplätze, denn Solarbetreiber konsumieren, investieren, zahlen Steuern. Sonst müssten wir an anderer Stelle noch mehr zahlen: Jede einzelne Solaranlage bringt weniger Energieimporte, weniger Geldabflüsse, letztlich insgesamt mehr Wohlstand. JOHANNES LAUBROCK, Aurich

Ausdruck tiefer Unzufriedenheit

■ **betr.:** Stuttgart 21

Der nicht nachlassende Protest gegen Stuttgart 21 ist Symptom, nicht Ursache. Ausdruck einer tiefen Unzufriedenheit und Wut weiter Teile der Bevölkerung dagegen, wie und für wen in Deutschland Politik gemacht wird. Nutznießer sind zunehmend einflussreiche Klassen und Schichten: Banker, Geldadel, Kapitalanleger und Investoren. Gleichzeitig werden dem Volk beispiellose Spar- und Abgabenzwänge auferlegt und quasi als *conditio sine qua non* verkauft: „Wir leben über unsere Verhältnisse“. Aber wer ist eigentlich „wir“? Zudem werden politische Entscheidungen nicht mehr transparent genug kommuniziert. Das Volk bleibt außen vor, wird in die politischen Entscheidungsfindungen zu wenig oder gar nicht eingebunden, deren Kosten und Konsequenzen aber dann von allen mitgetragen werden müssen – notfalls mit dem Hinweis auf „Systemrelevanz“. Als ob zum Beispiel Bildung nicht systemrelevant wäre. Im Aufstand gegen das Stuttgarter Bahnprojekt entlässt sich, bewusst oder unbewusst, auch aufgestauter Unmut, es herrscht Basisdemokratie, französische Verhältnisse sind auch bei uns eingekehrt. Zu Recht, wie ich meine. ANNETTE SAPPOK-STANG, Inning

Empörung über Foltervideo aus Papua

INDONESIEN Film zeigt mutmaßliche Sicherheitskräfte bei der Folter zweier Männer aus der rohstoffreichen und nach Unabhängigkeit strebenden Region Papua, wo Menschenrechtsverletzungen weit verbreitet sind

VON SVEN HANSEN UND ANETT KELLER

BERLIN/JAKARTA taz | Ein der unabhängigen Organisation Asiatische Menschenrechtskommission (AHRK) in Hongkong zugespieltes Video mit brutalen Foltersequenzen mutmaßlicher indonesischer Sicherheitskräfte an zwei Männern in Papua sorgt für Empörung. Menschenrechtsorganisationen fordern von der Regierung des südostasiatischen Landes Aufklärung und eine Bestrafung der Täter. Der Sprecher des Militärs in Papua, Oberst Susilo, versprach dies, erklärte aber sogleich, das Video stamme wohl aus einer anderen Zeit und „wurde von jemandem veröffentlicht, damit wir schlecht aussehen“.

Der nationale Polizeisprecher Marwoto Soeto sagte, zunächst müsse die Authentizität des Videos geprüft werden. Stämme es von Menschen, die Indonesiens Image beschmutzen wollten, werde gegen sie ermittelt.

Seit dem Sturz des Diktators Suharto 1998 hat sich Indonesien demokratisiert und die Macht seines Militärs reduziert. Doch fühlen sich die Menschen in der rohstoffreichen östlichen Region Papua weiter von Jakarta kolonisiert. Die Papuas sind im Unterschied zur malayischen Mehrheitsbevölkerung Melanesier und protestieren immer wieder



Der ungelöste Konflikt in Papua

■ 1969 verleihte sich Indonesien mit Unterstützung der UNO die westliche Hälfte der Insel Neuguinea ein, nachdem die vormals von den Niederlanden kolonisierte Region bereits unter indonesischer Verwaltung stand. Entscheidend für den Anschluss war eine von Jakarta manipulierte Abstimmung von Stammesführern. Seitdem

gegen brutale Übergriffe der Sicherheitskräfte. Diese bekämpfen dort eine kleine Unabhängigkeitsguerilla (Bewegung Freies Papua – OPM), unterdrücken aber vor allem friedliche Proteste für Selbstbestimmung.

Das wahrscheinlich mit einem Handy von den Folterern selbst aufgezeichnete Video, das am Sonntag zunächst im Videoportal Youtube zu sehen war und

beuten internationale Konzerne in großem Stil Bodenschätze aus und wird Papua von anderen Inseln Indonesiens aus besiedelt. 2001 gelang Jakarta der Region eine Sonderautonomie zu, die aber kaum Verbesserungen brachte. Jakarta will jetzt Papua unter anderem mittels großer Plantagen entwickeln, was neue Konflikte schürt.

dort am Montag wegen seiner grausamen Szenen gelöscht wurde, ist seitdem nur noch in einer entschärften Version auf der AHRK-Webseite zu sehen. Es zeigt, wie gefangene und auf dem Boden kauende Papuas von mutmaßlichen Sicherheitskräften mit Stiefeln getreten und beschimpft werden. Anschließend werden zwei Männer von Bewaffneten in olivgrünen Uni-

formen gefoltert, um ihnen Informationen über ein Waffenversteck abzupressen. Dabei werden einem nackten Mann mit einem brennenden Stock die Genitalien verbrannt, ein Plastiksack wird ihm über den Kopf gestülpt. Dem anderen wird ein Gewehr an den Mund gehalten, später wird ihm mit einer an sein Gesicht gedrückten Machete damit gedroht, den Kopf abzuschneiden.

Die Identität der Opfer ist nicht zweifelsfrei geklärt. Bei einem soll es sich um ein Mitglied eines Kirchenrats handeln, der in der Region Puncak Jaya zufällig an einer Straße wartete, als Sicherheitskräfte vorbeikamen. Der Mann war danach verschollen, Ende 2009 wurde seine Leiche gefunden. Eine andere Möglichkeit ist, dass der Film zwei Männer zeigt, die im Mai 2010 mutmaßlich von Sicherheitskräften getötet wurden.

Auf dem Video, dessen Authentizität zunächst nicht geklärt werden kann, ist nicht zu erkennen, ob die Folterter mutmaßliche Polizisten oder Soldaten sind. Menschenrechtsorganisationen beklagen immer wieder das brutale und straflose Vorgehen der indonesischen Sicherheitskräfte in der Region. Doch die Regierung in Jakarta erlaubt weder unabhängigen Organisationen noch ausländische Journalisten dort zu recherchieren.

open mike 2010
taz-Publikumspreis

Der taz-Publikumspreis zum open mike 2010 – werden Sie Jury-Mitglied!

Zum 18. Mal verleiht die Berliner Literaturwerkstatt den open mike. Die taz ist auch in diesem Jahr wieder dabei und verleiht zum dritten Mal den taz-Preis der Publikumsjury. Auch Sie können Jury-Mitglied werden! Der taz-Publikumspreis wird im Anschluss an die Vorträge am 14. November verliehen und beinhaltet den Abdruck eines Auszugs aus dem Gewinnertext in der taz.

Bewerben Sie sich als Jury-Mitglied – nähere Informationen unter: www.taz.de/openmike


